

Communiqué der AVES-DV:

3x Nein zu ungerechten und schädlichen Energiesteuern!

Die Delegiertenversammlung der Aktion für vernünftige Energiepolitik der Schweiz (AVES) hat an ihrer Delegiertenversammlung in Zürich die Nein-Parole zu allen drei Energievorlagen beschlossen. Die am 24. September zur Abstimmung kommenden neuen Energiesteuern sind nach Meinung der AVES abzulehnen, weil sie ungerecht, unzweckmässig und wirtschaftsschädlich sind. Die AVES ist entschlossen, die weitere Drehung an der Steuerschraube und die beabsichtigte Schaffung eines neuen Subventionsdschungels zu verhindern. Die Bevölkerung soll darüber aufgeklärt werden, dass alle drei Energievorlagen wenig mit Ökologie zu tun haben, dafür aber umso mehr mit offensichtlichen Gruppeninteressen und sinnlosen Umverteilungsübungen. – Neuer Präsident der AVES ist der Solothurner Nationalrat Rudolf Steiner (FDP) als Nachfolger von Ständerat Maximilian Reimann (SVP, AG), der weiterhin im Vorstand verbleibt. Ebenfalls in den AVES-Vorstand wurde Nationalrat Rudolf Imhof (CVP, BL) gewählt.

Die Solarinitiative will die nicht-erneuerbaren Energien mit 0,5 Rp. pro Kilowattstunde (kWh) besteuern und die sogenannte Förderabgabe sieht eine Abgabe von 0,3 Rp./kWh vor. Bei der Solarinitiative werden jährlich etwa 900 Millionen Franken und bei der Förderabgabe gegen 500 Millionen Franken abgeschöpft, die zwecks Subventionierung einiger

bevorzugter Branchen und Firmen wieder verteilt werden. Eine derartige Subventionswirtschaft lehnt die AVES ab, da direkte Marktinterventionen auch im Energiemarkt immer schädlich sind. Überdies führt dies zur Erhöhung der Staatsquote, was aus grundsätzlichen Überlegungen nicht akzeptabel ist und den finanzpolitischen Zielsetzungen zuwiderläuft.

Die Grundnorm (ökologische Steuerreform) führt zu äusserst ungerechten Umverteilungswirkungen. Die Lenkungssteuer von 2 Rp./kWh mit Rückerstattung der abgeschöpften drei Milliarden Franken über die Senkung der AHV-Beiträge führt tendenziell zu Geldflüssen von der Bevölkerung in den klimatisch extremeren Berg- und abgelegenen Randregionen zur Bevölkerung in verkehrsmässig gut erschlossenen Agglomerationsgebieten und klimatisch bevorzugten Landesgegenden. Im weiteren sind Geldflüsse von den einkommensschwächeren Schichten zu den Besserverdienenden sowie von den energieintensiveren Branchen (Industrie, Gewerbe) zu den personalintensiveren Dienstleistungsbranchen zu erwarten. Eine mit solchen Verzerrungen ausgestattete ökologische Steuerreform muss die AVES ablehnen.

Das «Fastenopfer» – in Zukunft mit Energiesteuern alimentiert?

Die Energiesteuer-Vorlagen vom 24. September werfen längst ihre gefährlichen Schatten voraus.

Was uns eine Allianz von Lobbyisten, Kernkraftgegnern und Profiträumern in die Ohren säuseln, muss man als wahrhaft gefährlichen Unsinn bezeichnen: Mit den drei Vorlagen – allesamt beinhalten sie neue und ungerechte Steuern auf Energie – sollen viele für wenige Subventionsempfänger viel Geld hinblättern. Eine gewaltige Subventionsübung würde ausgelöst, die den einzigen valablen Zweck einer Energieabgabe, die saubere Luft, total auf der Seite liesse. Gallus Cadonau, der sein Glück in der einseitigen Förderung der Solarenergie sucht, spricht nach Annahme der zusätzlichen Steuern 30000 bis 60000 Arbeitsplätze(!) und der Lobby der nicht marktfähigen Sonnenenergie fette Gewinne. Ganz Schlaue versprechen bessere Luft in unserem Lande, die wir uns seit Jahren bereits selbst «erarbeitet» haben!

Die Mogelpackung scheint faszinierend: Mit «Ökosteuern» könne man Umwelt- und Sozialpolitik verbinden; wer kann schon etwas einwenden gegen neue Steuern, wenn diese unserer Umwelt nützen, ungezählte Arbeitsplätze schaffen und erst noch niemandem schaden? Leider ist das pure Gegenteil der Fall: falsche Steuern am falschen Ort eingetrieben und erst noch total falsch verteilt! – Statt die in Sachen Umwelt vorbildliche Schweiz dauernd zu prügeln, sollten die grossen Weltverbesserer sich um bessere Umweltstandards in Ost- und Entwicklungsländern kümmern. Aber Sonnenblumenkerne und

Sprüche verteilen ist viel, viel einfacher ...

Die seltsame Allianz treibt aber noch buntere Blüten: Unter dem Motto «Energiewende bringt den Ausstieg aus der Kernenergie» haben sich unerhört illustre Befürworter der Energiesteuer-Vorlagen zusammengefunden: Swissaid, Brot für alle, Helvetas, Caritas, Ärzte für Umweltschutz, Heimatschutz, WWF, Vogelschutz und Fastenopfer zum Beispiel. Freiwilliges, solidarisches Sammeln ist out; der Staat hält mit reichlich fliessenden Steuergeldern in Zukunft diese Organisationen am Leben.

Der WWF wagt sich gar noch einen Schritt weiter vor. Als einzig Verantwortungsbewusster für unsere Umwelt verkündet er lauthals: «Wir sind das Klima». Die Kampagne ist plump, überheblich und schlecht zugleich. Da hilft auch das Bild vom glücklichen Salamander, natürlich von WWFs Gnaden noch am Leben, nichts. Gerade er gehört eben zu denen, die von unseren grossen Anstrengungen um CO₂-freie Luft profitieren. Der grossspurige Slogan der «Umweltschützer» gehört eigentlich viel mehr den Kernkraftwerken; sie sind es, die für genügend, für saubere und für eigenständige Energie sorgen in unserem Lande und damit auch für gutes Klima! Dieser Überzeugung ist bestimmt auch das Falkenpaar, das gesund, glücklich und zufrieden am Kühlturm des Kernkraftwerkes Leibstadt genistet und seine Familie aufgezogen hat.

Bruno Fäh

Keine neuen Steuern auf Energie
3x Nein
 am 24. September

Absatz ist gestiegen:

Schweizer erwärmen sich für Wärmepumpenheizungen

Die Erfolgsgeschichte der Wärmepumpenheizung setzte sich auch 1999 fort: Mit 6499 verkauften Wärmepumpen, einer Zunahme von 5% gegenüber dem Vorjahr, wurde im vergangenen Jahr ein neuer Absatzrekord erreicht. Dass sich insbesondere Bauherrschaften von Einfamilienhäusern für das Heizen mit dem umweltfreundlichen System erwärmen, belegt die Tatsache, dass heute rund vier von zehn neu erstellten Einfamilienhäusern mit einer Wärmepumpenheizung ausgerüstet werden. Die angekündigte massive Erhöhung des Erdölpreises und das wachsende Umweltbewusstsein der Bevölkerung dürften der Popularität der Wärmepumpe in Zukunft weiteren Aufschub geben.

Wärmepumpen gibt es seit mehr als 50 Jahren. Doch erst in den letzten Jahren konnte das saubere Heizsystem Herrn und Frau Schweizers Herz gewinnen. Dies aus verschiedenen Gründen: Einerseits erlaubten enorme technische Fortschritte die kontinuierliche und nachhaltige Verbesserung und Optimierung der Produkte. Die Kundenzufriedenheit entspricht seit Jahren mindestens derjenigen mit konventionellen Heizanlagen. Und die Wärmepumpen sind generell günstiger geworden. Andererseits hat die Bevölkerung in den vergangenen Jahren eine erhöhte Sensibilität für die Bedürfnisse der Umwelt entwickelt und die Vorteile der Wärmepumpenheizung für die Natur erkannt. Wärmepumpen nutzen saubere einheimische und sich erneuernde Ressourcen (Luft, Wasser, Boden), ohne Schadstoffe zu erzeugen. Die fossilen Energieträger Erdöl, Erdgas und Kohle belasten bei der Verbrennung unsere Atmosphäre mit Kohlendioxid (CO₂). Auch reduziert die Wärmepumpen-Technologie Risiken – kurz: sie funktioniert im Einklang mit der Natur.

Seit 1992 steigen die Verkäufe ständig

Die erfreuliche Entwicklung zu Gunsten der Wärmepumpenheizung schlägt sich in den Verkaufszahlen deutlich nieder: Seit 1992 nahmen die Verkäufe stetig zu, trotz immer niedrigeren Ölpreisen. Mit der Gesamtzahl von 6499 verkauften Anlagen wurde 1999 ein neuer Absatzrekord erzielt. Den grössten

Ständerat Peter Bieri neuer Präsident der FWS

Die Fördergemeinschaft Wärmepumpen Schweiz hat einen neuen Präsidenten. Der in Hünenberg ZG wohnhafte CVP-Ständerat und Dr. sc. tech. ETH ist Landwirtschaftslehrer und Betriebsberater am landwirtschaftlichen Bildungs- und Beratungszentrum «Schluethof» des Kantons Zug.

Marktanteil erreicht mit 53% die Luft/Wasser-Wärmepumpe, dicht gefolgt von der Sole/Wasser-Wärmepumpe mit 43%.

In 40 Jahren ist der Öl-Ofen aus

Insgesamt schätzt die Fördergemeinschaft Wärmepumpen Schweiz FWS, dass in der Schweiz gegen 60000 Wärmepumpen in Betrieb sind. Dank ihnen bleibt uns jährlich das Verbrennen von 167000000 Litern Heizöl sowie der Ausstoss von 450000000 Kilo Kohlendioxid erspart – ein nicht unbedeutender Beitrag an die Reduktion des Sommersmogs und des Treibhauseffekts. Noch heizen 67% der Schweizer Haushalte mit Öl. Angesichts der angekündigten massiven Erhöhung der Ölpreise und der Tatsache, dass die wirtschaftlich abbaubaren Ölquellen in weniger als 40 Jahren versiegen werden, dürfte die Beliebtheit der umweltfreundlichen Wärmepumpe in Zukunft jedoch weiter steigen.

Nicht nur Hausbesitzer und Bauherrschaften sind von der Wärmepumpe überzeugt, sondern immer mehr auch Installateure, Planer und Architekten. Ihnen eröffnet die Wärmepumpenheizung Zukunftschancen: Der Markt verlangt umweltgerechte Heizsysteme und die Technologie erfordert neue Kenntnisse.

Weitere Informationen:
Informationsstelle Wärmepumpen
Steinerstrasse 37, 3000 Bern 16
Telefon 031-3524113
Fax 031-3524206
E-Mail wp@mkr.ch
www.fws.ch

Rückblick auf die AVES-DV:

Präsidium geht von Maximilian Reimann zu Rudolf Steiner

Acht Jahre präsierte der Aargauer Ständerat Maximilian Reimann die AVES Schweiz. Vernünftige Energiepolitik vertrat der Jurist und ehemalige TV-Journalist sowohl an der Spitze der AVES wie auch im Bundesparlament. Maximilian Reimann verbleibt im Vorstand der Aktion für vernünftige Energiepolitik Schweiz.

Als Nachfolger wählte die Delegiertenversammlung vom 13. Mai in Zürich einstimmig den 55-

jährigen Solothurner Nationalrat Dr. iur. Rudolf Steiner aus Losdorf. Rudolf Steiner ist im Fraktionsvorstand der FDP, Präsident des Hauseigentümergebietes Kanton Solothurn, im Vorstand des Schweizerischen Hauseigentümergebietes und der Handelskammer des Kantons Solothurn.

Seine Prioritäten: Sanierung der Bundes- und Kantonsfinanzen, Verbesserung des Umfeldes für Wirtschaft, Handel und Gewerbe. ■



Rudolf Steiner für Maximilian Reimann.

Pro-Referent SR Gian Reto Plattner hatte bei der AVES einen schweren Stand, auch wenn ihm Vizepräsident Konrad Studerus einen Augenblick zur Seite zu stehen scheint.

Kontra-Referent Fredy Müller (rechts), Projektleiter Wirtschaftsförderung, hatte es leichter: Der St. Galler AVES-Präsident Mario David (links) arbeitet bei den St. Gallisch-Appenzellischen Kraftwerken und sein Glarner Kollege Erich Kaufmann bei den Kraftwerken Linth-Limmern AG.



Darüber stimmen wir am 24. September ab:

Die **Solarinitiative** will nicht erneuerbare Energieträger (Öl, Gas, Kohle, Uran) besteuern, um die Solarbranche zu subventionieren. Doch Subventionen haben langfristig noch keinem Wirtschaftszweig geholfen, im Gegenteil: Subventionen führen dazu, dass Produkte hergestellt werden, die letztlich gar nicht marktfähig sind.

Die **Förderabgabe** will das Gleiche wie die Solarinitiative: Subventionen für einige wenige, während alle dafür bezahlen. Aber der Markt soll letztlich entscheiden, welche Technologie

sich durchsetzt, nicht der Staat. Subventionen führen zu Marktverzerrungen und unverantwortlichen Fehlinvestitionen.

Die **Grundnorm** will mit Steuern auf nicht erneuerbaren Energieträgern die Lohnnebenkosten senken. Die Grundnorm mit ihrem Höchstsatz von zwei Rappen pro Kilowattstunde führt zu massiven Preissteigerungen bei Heizöl, Benzin und Strom. Beim Heizöl können die Erhöhungen bis 48 Prozent ausmachen. Beim Benzin ist mit einem Aufschlag von 20 Rappen pro Liter zu rechnen.

AVES Winterthur:

Nötige politische Unterstützung für Kernfusion

Die Aktion für vernünftige Energiepolitik Schweiz (AVES) Sektion Winterthur lud am 4. April 2000 Herrn Kurt Appert, Physiker am Plasma-Institut der ETH Lausanne, nach Winterthur zu einem Vortrag ein, um den Stand der Kernfusionsforschung in der Schweiz und weltweit aufzudatieren. Der AVES geht es um CO₂-arme und -freie Energiegewinnung, wie Jörg Krammer, Präsident der AVES Winterthur, einleitend feststellte.

Die drohende weltweite Energieverknappung und die unerträgliche Zunahme des CO₂-Ausstosses werden – nebst den additiven Energien wie Sonne, Wind usw. – der Menschheit keine andere Wahl lassen, als die Fusionsenergie ernsthaft in der Forschung zu bearbeiten. Der Vorteil der Fusion gegenüber der heute

praktizierten Kernspaltung liegt in der unbegrenzten Verfügbarkeit des nötigen Wasserstoffs und in der nicht existierenden Endlagerproblematik, weil es praktisch keinen Prozess-Abfall gibt.

Die Komplexität des in die Praxis umzusetzenden Fusionsprozesses liegt im Material, um die nötigen Temperaturen von über 15 Millionen Grad zu beherrschen. Das dafür nötige Hochtemperaturplasma muss, um Energie freizusetzen, hinreichend lange bei hoher Dichte eingeschlossen werden. Dabei besteht die Möglichkeit des Aufeinandertreffens dafür geeigneter Atomkerne wie Deuterium, Lithium, Tritium und Helium. Ein kommerzielles Fusionskraftwerk kann nach Ansicht von Wissenschaftlern frühestens um das Jahr 2045 realisiert werden. ■



Statt neue Steuern:

Freiwillige Massnahmen und das CO₂-Gesetz nützen mehr!

Unser Land steht, was Energie- und Umweltpolitik betrifft, im internationalen Umfeld sehr gut da und spielt bei der Reduktion des CO₂-Ausstosses eine Vorreiterrolle. Voreilige Massnahmen mit zweifelhafter Wirkung, welche die Schweizer Haushalte bestrafen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft beeinträchtigen, sind deshalb völlig fehl am Platz.

Rascher Umstieg auf Katalysator

Die Privathaushalte haben in der Vergangenheit viel für die Umwelt getan. Das Sammeln und Sortieren von Abfällen ist alltäglich geworden und wird kaum irgendwo sonst so sorgfältig betrieben wie in der Schweiz. Zudem zeigen die Konsumentinnen und Konsumenten eine grosse Bereitschaft, auf ökologische Produkte umzusteigen, sobald sie Marktreife haben. Das hat der rasche Umstieg auf Katalysatorfahrzeuge gezeigt. Dies wird auch in Zukunft so sein, wenn Fahrzeuge mit einem Brennstoffzellen-Antrieb auf den Markt gelangen. Mit dem rechtzeitigen Anpassen von Normen oder mit Steuererleichterungen kann der Staat diesen Prozess gezielt fördern.

Pionierrolle der Schweizer Wirtschaft

Der Energieverbrauch der Industrie wurde trotz Produktions- und Produktivitätssteigerung in den letzten acht Jahren stabilisiert. Viele Unternehmen stellen ihren Betrieb freiwillig unter ein konsequentes Umweltmanagement (zum Beispiel die ISO-14001-Zertifizierungen). Für die Wirtschaft ist der Energieverbrauch seit langem ein Kostenfaktor, dessen Einsatz systematisch minimiert wird. Grosse Anstrengungen gelten auch dem Recycling – das schon die Um-

welt und die Energieressourcen. Zahlreiche Unternehmen haben sich ferner erfolgreich am Programm von Energie 2000 beteiligt.

Bisherige Umweltpolitik hat Wirkung gezeigt

Die bisherigen Massnahmen des Bundes zur Luftreinhaltung haben Wirkung gezeigt. Dazu gehören Massnahmen wie Emissionsbegrenzungen für rund 150 verschiedene Schadstoffe, Qualitätsanforderungen an Brennstoffen und Treibstoffe, Abgasgrenzwerte für Personenwagen, Lastwagen und Motorräder, Pflichten zur Abgaswartung, Senkung der Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen und ausserorts, Ökologisierung der Landwirtschaft, Verbesserung der Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs, Energienutzungsbeschluss und Energie 2000.

Um eine Reduktion des klimarelevanten CO₂ zu erreichen, wurde eben vom Parlament das CO₂-Gesetz verabschiedet. Ebenfalls eingeführt wurde eine Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Stoffen (VOC) und auf Heizöl Extra-leicht. Alle Massnahmen werden zusammen mit den technischen Innovationen den Ausstoss schädlicher Emissionen drastisch vermindern. Die Schweiz hat also mit sinnvollen Anreizsystemen, mit Eigeninitiative und einem offenen Wettbewerb vieles erreicht. Auf unsere ökologischen Errungenschaften dürfen wir zu Recht stolz sein. Auf «Strafsteuern», wie sie nun vorliegen, hat unser Land bisher verzichtet – mit Erfolg. Es gibt keinen Grund, sich jetzt in ein Abenteuer zu stürzen, das verheerende Auswirkungen auf die positive Haltung der Schweizerinnen und Schweizer zum Umweltschutz hätte. ■

Unterlagen zur Energieabstimmung vom 24. September

Initiativtexte, Hintergrundinformationen, Argumente usw. zum Thema erhalten Sie beim Sekretariat AVES, Postfach 7674, 8023 Zürich, Telefon 01-212 4090, Fax 01-212 65 69, oder bei der Wirtschaftsförderung, Hegibachstrasse 47, Postfach, 8032 Zürich, Telefon 01-421 16 16, Fax 01-421 16 17.

Präsident/Président/Presidente

Dr. Rudolf Steiner, Nationalrat, 4654 Lostorf

Vizepräsident/Vice-président/Vicepresidente

Konrad Studerus, Kantonsrat, lic.iur., 6313 Edlibach

Mitglieder/Membres/Membri

Dr. Maximilian Reimann, Ständerat, 5073 Gipf-Oberfrick
 Rudolf Imhof, Nationalrat, 4242 Laufen
 Jörg H. Krammer, Ingenieur, 8544 Rickenbach
 Johann Rudolf Gunzenhauser, Ingenieur, 4450 Sissach
 Eric Weber, Ing. ETS, 1400 Yverdon
 Robert Desponds, Ingénieur, 1815 Clarens
 Walter E. Böhlen, Grossrat, 5443 Niederrohrdorf

Redaktion/Rédaction/Redazione

Bruno Fäh, Sekretariat AVES Schweiz
 Bahnhofplatz 9, Postfach 7674, 8023 Zürich
 Telefon 01-212 40 90, Fax 01-212 65 69

www.aves.ch

Druck/Imprimerie/Tipografia

Victor Hotz AG, Steinhausen

Erscheint vierteljährlich

Redaktionsschluss für die Ausgabe vom
 September 2000 ist der 25. August 2000

AZB
 8023 Zürich

Energiepolitische Freiheit offen halten!

Die AVES zum Entwurf für ein Kernenergiegesetz

Selbstverständlich hat sich die AVES bei der breiten Vernehmlassung für ein Kernenergiegesetz (KEG) ebenfalls engagiert. Über die detaillierte Vernehmlassung der AVES orientieren wir Sie im Bulletin vom September 2000. Vorweg stellen wir fest, dass die AVES in einigen Punkten des Entwurfs nicht gleicher Meinung ist wie das Eidgenössische

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation von Bundesrat Moritz Leuenberger. Auch wenn wir den Entwurf als echte Basis für ein realistisches Kernenergiegesetz betrachten, gibt es einige wichtige Punkte zu beachten:

- Die Option Kernenergie muss offen gehalten werden.

- Die energiepolitische Handlungsfreiheit muss gewahrt bleiben.
- Die Wiederaufbereitung darf nicht mit generellen Verboten belegt werden.
- Neben der Entsorgung radioaktiver Abfälle im Inland müssen auch Lösungen im Ausland möglich bleiben.

AVES Persönlich

Energie 2000 abschaffen

Grossspurig wurde 1990 vom damaligen BEW (heute BFE) das Programm Energie 2000 vorgestellt. Es sah als einen der Eckpfeiler vor, den Stromverbrauch bis zum Jahr 2000 zu stabilisieren. Hinweise auf die seit Jahren etablierte enge Verknüpfung zwischen Wirtschaftswachstum und Zunahme des Stromverbrauchs wurden in den Wind geschlagen. Von «Entkopplung» war die Rede. Und dann? Es folgten die sieben mageren Rezessionsjahre mit nahezu Nullwachstum der Wirtschaft (verbunden mit für schweizerische Verhältnisse enormem Anstieg der Arbeitslosigkeit). Folgerichtig stieg auch der Stromverbrauch kaum an. Die Exponenten von Energie 2000 triumphierten: Ziel schon früher erreicht! Und jetzt? – 2,9% Zunahme des Elektrizitätsverbrauchs in einem Jahr. Dafür neues Wirtschaftswachstum und dramatisch gesunkene Arbeitslosenzahl! Energie 2000 entpuppt sich im Hinblick auf die Stromverbrauchsstabilisierung als totaler Flop. In der Privatwirtschaft würden bei einer solchen Verknüpfung realer Gegebenheiten Köpfe rollen. Nicht so beim Bund. Der Steuerzahler wird weitere Millionen zahlen für so genannte Energiesparprogramme, bei denen einige Subventionsempfänger mit unrentablen Techniken sich eine goldene Nase verdienen.
 Hans Rudolf Lutz (Lostorf)

Heraus aus der geschützten Werkstatt, hinein in die staatliche Subventions-Fabrik

Im SonntagsBlick vom 9. April 2000 hat sich Bundesrat Moritz Leuenberger für die Energieabgaben stark gemacht. Bezüglich Stellenabbau meint er: «Wenn die Energieabgabe in der Abstimmung durchfällt, sind die Folgen viel schlimmer als jetzt bei der Telekommunikation.» Die «grüne» Energieabgabe ist längst ein Liebling der Sozialisten geworden, denn mit dem neuen Subventionsmechanismus können neue Arbeitsplätze langfristig an den staatlichen Subventionstropf gehängt werden. Es liegt in der Natur der Sache, dass im Wettbewerb längerfristig nur marktaugliche Produkte überlebensfähig sind. Dass die mit der Wasserkraft zusammenhängenden Arbeitsplätze mit der Abgabe teilweise geschützt werden können, ist einäugig und reine Augenwischerei. Die einzige Chance der schweizerischen Stromproduzenten inklusive der Wasserkraft liegt darin, sich im Verlauf einer vernünftigen, stufenweisen Marktordnung möglichst schuldenfrei zu machen, sich ungebührlicher Zusatzlasten zu entledigen und sich keine neuen Öko-Belastungen aufzwingen oder aufschwätzen zu lassen. Mit der weitgehenden CO₂-freien und der zu rund 60% «erneuerbaren» Stromproduktion haben die

Schweizer Produzenten bei Preisgleichheit auch im internationalen Handel gute Chancen. Selbstverständlich wird mit der Energieabgabe eine ganze Anzahl neuer Arbeitsplätze geschaffen, aber erfahrene Kraftwerksbetreiber sind nun einmal keine Akkord-Gebäude-Isolateure! Noch eine Bemerkung zu der laut Moritz Leuenberger erwähnten «Energieverschleuderung» der Kleinkonsumenten. Letztere werden von Bundesrat Leuenberger mehr oder weniger pauschal als Energieverschwender dargestellt. Wenn sie zur Strafe mit der Energieabgabe belastet werden sollen, sich aber die gleichen Kreise für immer höhere Sozial-Zulagen einsetzen, grenzt das Ganze an Scheinheiligkeit. Gerade grössere Familien, aber auch alle öffentlichen Dienste haben zweifellos unter steigenden Energiekosten zu leiden. Neuerdings will also auch noch die schweizerische Öko-Lobby ihre Rechnung ins Haus schicken. Die Kleinkonsumenten, Familien, aber auch die waschechten Sozialdemokraten werden ihnen hoffentlich zuvorkommen und ihre Stimmgabel mit einem klaren und dreifachen NEIN als Quittung in die Urne werfen.

Mario David, Präsident
 AVES St. Gallen–Appenzell

AVES-Regionalgruppen

AVES Aargau
 Postfach 11, 5430 Wettingen

AVES Bern
 Postfach 103, 3000 Bern 6

AVES Region Basel
 Postfach 251, 4450 Sissach

AVES Glarus
 Postfach 124, 8867 Niederurnen

AVES Graubünden, Dr. Theo Portmann
 Alexanderstrasse 1, 7000 Chur

AVES Luzern, M. Caliaro
 Habermattweg 24, 6010 Kriens

AVES Nidwalden
 Postfach 1004, 6371 Stans

AVES Schaffhausen
 Villenstrasse 8, 8200 Schaffhausen

ASE Solothurn
 Postfach 130, 4504 Solothurn

AVES Münsterlingen TG
 Postfach 146, 8596 Münsterlingen

ASPER Ticino
 Casella postale 24, 6948 Porza

AVES Uri, M. Z'graggen
 Hellgasse 63, 6460 Altdorf

AVES Oberwallis
 Postfach 281, 3930 Visp

AVES Zug
 Postfach 1342, 6301 Zug

AVES Pfannenstil ZH
 Postfach, 8713 Uerikon

AVES Winterthur
 Postfach 1243, 8401 Winterthur

Forum Energie Bienne-Région FBR
 Case postale 577, 2501 Bienne

ADE Genève, Ph. Wiblè
 8, rue du Temple, 1236 Cartigny

APPER Est-Vaudois, Dr. Eric Rochat
 1806 St-Légier

ARBRE Moudon
 Case postale 3, 1510 Moudon